

Berlin, den 19. Juni 2008

## Global denken, lokal handeln

Der Klimaschutz ist eine unserer größten Herausforderungen für die Zukunft. Den Kommunen kommt dabei eine herausragende Rolle zu.

Auf internationaler, europäischer, nationaler und Länder-Ebene geht es darum, den Rahmen für einen wirksamen und wirtschaftlich zukunftsweisenden Klimaschutz zu schaffen. Die kommunale Ebene ist die Ebene der Umsetzung in die Praxis. Hier verdichten sich die technologischen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen, vor denen wir stehen. In den Kommunen wird Klimaschutz gelebte Realität. Dazu braucht es das Engagement der Kommunen, der Unternehmen vor Ort und der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Dazu braucht es aber auch einer zielgenauen Unterstützung dieses Engagements. Genau das soll durch die Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums erreicht werden.

**Die kommunalen Spitzenverbände und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit haben sich auf folgende politische Erklärung verständigt:**

1. **Minus 40% Emissionen bis 2020.** Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen das Ziel der Bundesregierung, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken. Dies entspricht den Möglichkeiten und der Verantwortung Deutschlands. Wichtige Teilziele sind der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich auf 30% und der Kraft-Wärme-Koppelung auf 25% bis 2020, der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich auf 14% bis 2020 sowie die Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990.
2. **Bund und Kommunen arbeiten zusammen:** Der Bund unterstützt aktiven Klimaschutz in den Kommunen, z.B. durch die Förderprogramme der nationalen Klimaschutzinitiative oder zur Sanierung der sozialen Infrastruktur (Schulen und Kindergärten). Gemeinsames Ziel ist es, die großen Potenziale zur Emissionsminderung in den Kommunen Deutschlands zu erschließen. Die Förderprogramme der nationalen Klimaschutzinitiative zielen auf die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Wärme in der Breite. Außerdem werden Modellprojekte in Kommunen gefördert, die zukunftsweisende Klimaschutztechnologien oder innovative Kombinationen

dieser Technologien anwenden. Die Kommunen sind wichtige Ideengeber für die Fortentwicklung der Klimaschutzpolitik des Bundes.

3. **Klimaschutz bringt lokale Wertschöpfung.** Klimaschutzpolitik fördert Investitionen in die Technologien der Zukunft: Effizienztechniken und Erneuerbare Energien. Klimaschutz schafft Arbeitsplätze, denn der Import von teuren fossilen Energieträgern wird ersetzt durch zusätzliche Nachfrage nach inländischen Produkten (wie z.B. Dämmstoffen) und neue Aufträge an das Handwerk bei der Gebäudesanierung und Installation von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien.
4. **Klimaschutz zahlt sich aus:** Wärmedämmung, Energieeffizienz und Stromeinsparung entlasten alle Bürgerinnen und Bürger. Sie entlasten gerade sozial schwache Haushalte, die einen wesentlich größeren Anteil des zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommens für Energie ausgeben müssen als reichere Haushalte. Ein geringerer Energieverbrauch mindert die immer weiter gestiegene Belastung der sozial Schwachen. Er entlastet aber auch die Haushalte der Kommunen. Das eingesparte Geld steht den Kommunen dann für wichtige Zukunftsinvestitionen zur Verfügung.
5. **Erneuerbare Energien lokal fördern.** Die Bundesregierung fördert die Erneuerbaren Energien durch gesetzliche Regelungen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das neue Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz sowie durch das deutlich erweiterte Marktanzreizprogramm. Auch Kommunen können ihren Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien leisten, z.B. im Rahmen der Bauleitplanungen durch Festsetzungen, in denen passive und aktive Nutzung der Sonnenenergie begünstigt wird, oder durch die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen.
6. **Energie lokal effizient produzieren und nutzen – 25% KWK-Strom bis 2020:** Das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz schafft mit der Förderung des Ausbaus von Wärmenetzen Chancen gerade für kommunale Energieversorger, lokale integrierte Energieversorgungsangebote zu machen oder zu erweitern. Auch hier können die Kommunen durch Festsetzungen im Rahmen der Bauleitplanung die Bedingungen für den Einsatz von KWK-Anlagen verbessern. Die Stadtwerke sind aufgerufen, sich für das 25%-Ziel bei KWK-Strom zu engagieren. Das Impulsprogramm für Mini-KWK-Anlagen setzt zusätzlich Anreize für Private, kleine und mittlere Unternehmen sowie Kommunen, in Mini-KWK-Anlagen zu investieren.

7. **Beschaffung ist wirtschaftlicher Einfluss:** Die Bundesregierung hat sich Leitlinien zur öffentlichen Beschaffung in ihrem Bereich gegeben. Diese Leitlinien berücksichtigen Energieeffizienz und Klimaschutz. Einige Kommunen haben ebenfalls Beschaffungsleitlinien, die Klimaschutz- und Umweltbelange enthalten. Die Kommunalen Spitzenverbände werden sich dafür stark machen, dass solche Leitlinien möglichst flächendeckend in den Kommunen eingesetzt werden. Kommunen können vor Ort zeigen, was möglich ist im Klimaschutz. Die kommunalen Spitzenverbände setzen sich ein für: Umrüstung auf effiziente Straßenbeleuchtung, Energetische Sanierung kommunaler Gebäude, CO<sub>2</sub>-arme kommunale Fahrzeugparks. Viele dieser Maßnahmen werden durch Förderprogramme des Bundes wie die Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums unterstützt.
  
8. **Klimafreundliche Mobilität ist lokal:** Kommunen können helfen, Mobilität klimafreundlich und menschenfreundlich zu gestalten. Die Spitzenverbände unterstützen das Konzept der „Stadt der kurzen Wege“ und setzen sich dafür ein, dass Kommunen den ÖPNV, den Fahrrad- und auch den Fußverkehr fördern. Dazu gehören unter anderem Vorrangmodelle für den ÖPNV (Busspuren) und Radverkehrskonzepte mit denen nachhaltige Mobilität kostengünstig realisiert werden kann. Verschiedene Projekte der Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums sollen die Kommunen z.B. bei der Entwicklung eines kommunalen Mobilitätsmanagements oder der Förderung des Radverkehrs unterstützen.
  
9. **Beratung schafft Handeln:** Kommunale Einrichtungen sind vor Ort bei den Bürgerinnen und Bürgern und kennen die lokalen Gegebenheiten. Daher werden sich die Spitzenverbände dafür einsetzen, die Beratungsangebote in den Kommunen zu erweitern. Informationen zum Energiesparen in Haushalten und zu den Förderprogrammen des Bundes sollten überall vor Ort leicht zugänglich angeboten werden. Im Rahmen der Klimaschutzinitiative werden die Beratungsangebote für Verbraucher gestärkt und ausgebaut. Besonders auf die Programme zur Gebäudesanierung und zur Förderung von Energieeffizienz in klein- und mittelständischen Betrieben soll verstärkt hingewiesen werden.
  
10. **Bildung für Klimaschutz:** Klimaschutz fängt mit Wissen und Bewusstsein an. Die Kommunen unterstützen Schulen und Volkshochschulen bei der Bildung für den Klimaschutz. Hierzu können z.B. Modelle wie die in einigen Kommunen eingeführten fifty-fifty-Projekte dienen, in denen Schulen die Hälfte der eingesparten Kosten für ihren verminderten Energieverbrauch zur freien Verfügung erhalten.